

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juli 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 7/1979

Über Kirchentag, EAK und Union

Lieber Leser!

Der 18. Deutsche Evangelische Kirchentag in Nürnberg war zweifellos für alle Teilnehmer ein großes Erlebnis. Und schon läßt sich feststellen, daß seine Ausstrahlung weit in die Kirche wie auch in die Gesellschaft hineinreicht. Man hat die Formel gefunden, der Kirchentag sei „fromm, aber nicht kirchlich“ gewesen. Indessen ist der stärkste Eindruck jene Überfülle an jungen und alten Besuchern, die oft ein kräftezehrendes Gedränge zur Folge hatte – selbst die riesigen Messehallen konnten den Andrang nicht fassen und mußten manchmal eine halbe Stunde vor Beginn gesperrt werden. Der Massenandrang der 80 000 führte zu einer personalen Nähe der Menschen, die wenigstens unterbewußt als Gemeinschaft empfunden wurde und so das Gefühl der Geborgenheit verstärkte, das dieses Protestantentreffen vermittelte. Wiederholt hörte man in den spontanen Gesprächen Freude darüber, daß „die Kirche ein so großer und vitaler Organismus“ sei. Und dadurch wiederum wuchs das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Dieses Beieinander zeigte sich dann in den vielen geistlichen Veranstaltungen. Sie waren möglicherweise noch stärker besucht als die „politischen“ Vorträge und Diskussionen. Bibelstunden von Zink mußten wiederholt werden, obwohl sich schon beim erstenmal an die zehntausend Menschen versammelt hatten. Und die Abendmahlsfeiern waren nicht minder lebhaft frequentiert. Aufgefallen ist auch, daß die umstrittene Liturgische Nacht keine Neuauflage erlebte. Offensichtlich verlangt die neuerwachte Sehnsucht nach Frömmigkeit eine deutlichere geistliche Antwort – auch bei den Jugendlichen. Nicht nach den Formen wird gefragt, sondern nach den Inhalten.

Und dies gilt nun auch für die politische Komponente des Kirchentages. Gestandene Parlamentarier, erfahrene Journalisten und altgediente Kirchenmänner machten übereinstimmend die gleiche Beobachtung: Die in Nürnberg versammelten jungen Leute sind nicht mehr primär durch Protest und Demonstration gekennzeichnet, sondern durch ein waches,

wenn nicht sogar leidenschaftliches Interesse. Rein äußerlich wurde dies sichtbar daran, daß es nur vereinzelt Transparente gab. Auch auf dem „Markt der Möglichkeiten“ überwogen die sachlichen Darstellungen.

Die inhaltliche Anfrage vieler junger, aber augenscheinlich auch ebenso vieler älterer Teilnehmer zielt auf die „alternative Politik“ als Ausdruck eines alternativen Lebensstils. Sehr abstrahiert wird man den Kern als „neue Lebenssehnsucht“ beschreiben können. Damit ist das offen zutage tretende Verlangen gemeint, dem ganzheitlichen Leben des einzelnen wie der Gemeinschaften wieder den Vorrang zu geben. Und dies ist nichts anderes als die Forderung nach mehr Mitmenschlichkeit. Mehr Zuwendung und weniger Sachzwänge, mehr Liebe und weniger Kampf um die Macht – das etwa sind die Parolen.

Man mag darüber rätseln, wo die Wurzeln für die neue Haltung zu suchen seien. Sicherlich spielen romantische Wünsche eine Rolle, die immer zu den positiven Erlebnishorizonten junger Menschen gehört haben; hie und da vermag man Anklänge an den Wandervogel, überhaupt an die Jugendbewegung aufzuspüren, also der Wunsch nach einem von Werten erfüllten Leben, auch in enger Fühlungnahme mit der Natur. Doch wäre es ganz und gar verfehlt, eine Neuauflage von Rousseau's „Zurück zur Natur“ zu vermuten. Das Denken bewegt sich auf rationalen Wegen, wird aber offenbar personal empfunden.

Klarer tritt der Überdruß zutage. Er ist verwandt mit dem vielzitierten Unbehagen am Staat, an dem Staat in der gegenwärtigen, konkreten Ausprägung. In Nürnberg konnte man die Differenzierungen im Verhältnis etwa zur Kernenergie nicht übersehen. Die jungen Leute wenden sich offensichtlich nicht schlechthin gegen Kernenergie (und schon gar nicht gegen die so gewonnene Elektrizität). Sie wenden sich vielmehr gegen die Atomkraftwerke, weil sie sich von den staatlichen Einrichtungen übertölpelt fühlen. Sie wehren sich dagegen, daß man ihnen die Atommeiler mitsamt den doch objektiv vorhandenen Gefahren einfach vor die Nase setzen will. Und darin

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juli 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 7/1979

Über Kirchentag, EAK und Union

Lieber Leser!

Der 18. Deutsche Evangelische Kirchentag in Nürnberg war zweifellos für alle Teilnehmer ein großes Erlebnis. Und schon läßt sich feststellen, daß seine Ausstrahlung weit in die Kirche wie auch in die Gesellschaft hineinreicht. Man hat die Formel gefunden, der Kirchentag sei „fromm, aber nicht kirchlich“ gewesen. Indessen ist der stärkste Eindruck jene Überfülle an jungen und alten Besuchern, die oft ein kräftezehrendes Gedränge zur Folge hatte – selbst die riesigen Messehallen konnten den Andrang nicht fassen und mußten manchmal eine halbe Stunde vor Beginn gesperrt werden. Der Massenandrang der 80 000 führte zu einer personalen Nähe der Menschen, die wenigstens unterbewußt als Gemeinschaft empfunden wurde und so das Gefühl der Geborgenheit verstärkte, das dieses Protestantentreffen vermittelte. Wiederholt hörte man in den spontanen Gesprächen Freude darüber, daß „die Kirche ein so großer und vitaler Organismus“ sei. Und dadurch wiederum wuchs das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Dieses Beieinander zeigte sich dann in den vielen geistlichen Veranstaltungen. Sie waren möglicherweise noch stärker besucht als die „politischen“ Vorträge und Diskussionen. Bibelstunden von Zink mußten wiederholt werden, obwohl sich schon beim erstenmal an die zehntausend Menschen versammelt hatten. Und die Abendmahlsfeiern waren nicht minder lebhaft frequentiert. Aufgefallen ist auch, daß die umstrittene Liturgische Nacht keine Neuauflage erlebte. Offensichtlich verlangt die neuerwachte Sehnsucht nach Frömmigkeit eine deutlichere geistliche Antwort – auch bei den Jugendlichen. Nicht nach den Formen wird gefragt, sondern nach den Inhalten.

Und dies gilt nun auch für die politische Komponente des Kirchentages. Gestandene Parlamentarier, erfahrene Journalisten und altgediente Kirchenmänner machten übereinstimmend die gleiche Beobachtung: Die in Nürnberg versammelten jungen Leute sind nicht mehr primär durch Protest und Demonstration gekennzeichnet, sondern durch ein waches,

wenn nicht sogar leidenschaftliches Interesse. Rein äußerlich wurde dies sichtbar daran, daß es nur vereinzelt Transparente gab. Auch auf dem „Markt der Möglichkeiten“ überwogen die sachlichen Darstellungen.

Die inhaltliche Anfrage vieler junger, aber augenscheinlich auch ebenso vieler älterer Teilnehmer zielt auf die „alternative Politik“ als Ausdruck eines alternativen Lebensstils. Sehr abstrahiert wird man den Kern als „neue Lebenssehnsucht“ beschreiben können. Damit ist das offen zutage tretende Verlangen gemeint, dem ganzheitlichen Leben des einzelnen wie der Gemeinschaften wieder den Vorrang zu geben. Und dies ist nichts anderes als die Forderung nach mehr Mitmenschlichkeit. Mehr Zuwendung und weniger Sachzwänge, mehr Liebe und weniger Kampf um die Macht – das etwa sind die Parolen.

Man mag darüber rätseln, wo die Wurzeln für die neue Haltung zu suchen seien. Sicherlich spielen romantische Wünsche eine Rolle, die immer zu den positiven Erlebnishorizonten junger Menschen gehört haben; hie und da vermag man Anklänge an den Wandervogel, überhaupt an die Jugendbewegung aufzuspüren, also der Wunsch nach einem von Werten erfüllten Leben, auch in enger Fühlungnahme mit der Natur. Doch wäre es ganz und gar verfehlt, eine Neuauflage von Rousseau's „Zurück zur Natur“ zu vermuten. Das Denken bewegt sich auf rationalen Wegen, wird aber offenbar personal empfunden.

Klarer tritt der Überdruß zutage. Er ist verwandt mit dem vielzitierten Unbehagen am Staat, an dem Staat in der gegenwärtigen, konkreten Ausprägung. In Nürnberg konnte man die Differenzierungen im Verhältnis etwa zur Kernenergie nicht übersehen. Die jungen Leute wenden sich offensichtlich nicht schlechthin gegen Kernenergie (und schon gar nicht gegen die so gewonnene Elektrizität). Sie wenden sich vielmehr gegen die Atomkraftwerke, weil sie sich von den staatlichen Einrichtungen übertölpelt fühlen. Sie wehren sich dagegen, daß man ihnen die Atommeiler mitsamt den doch objektiv vorhandenen Gefahren einfach vor die Nase setzen will. Und darin

erkennen sie gewiß zu Recht einen Mangel an Respekt vor ihrer Würde. Immer wieder appelliert die Politik an die staatsbürgerliche Mitverantwortung gerade auch der jungen Generation — aber wo's heikel wird, will man sie „überfahren“. Die Antwort ist das deutliche „so nicht!“

Eine weitere kausale Erklärung findet sich in dem Ruf nach Vernünftigkeit. Immer mehr Menschen in unserem Land fühlen sich dadurch düpiert, daß zu oft die Vernünftigkeit bei politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen abhanden gekommen zu sein scheint. Es zeigt sich dies bei den vielfältigen Formen von Verschwendung und Luxus. Weithin haben die Menschen offenbar den Eindruck gewonnen — und in Nürnberg verdichtete und artikulierte sich diese Empfindung —, daß Geld überhaupt keine Rolle mehr zu spielen scheint. Tatsächlich spürt man das beispielsweise immer dann, wenn man Artikel für den täglichen Gebrauch in einer schlichten Ausführung kaufen möchte — es gibt überwiegend nur noch aufwendige und entsprechend teure Ausfertigungen. Das setzt sich über komplizierte Geräte fort und reicht bis zu den modernen Waffenentwicklungen. Gegen dieses „Gut ist nur, was schön und kompliziert ist“ erhebt sich ein anschwellender Protest. Nicht zurück zur Natur, wohl aber zurück zur Vernünftigkeit — dieser Appell scheint in jener Sehnsucht verborgen zu sein, die auch den Kirchentag mitbestimmt.

Unübersehbar ist aber auch das erwachende Bewußtsein für Verantwortung. An allen Ecken und Enden des Kirchentages vermochte man dies zu registrieren. Insgesamt mag dies auch die Abwesenheit von „überschwenglicher Fröhlichkeit“ erklären. Freudig ging es in Nürnberg gewiß zu, und keineswegs steht dazu im Widerspruch der Ernst, den man allerorten antraf.

Die Verantwortung bezieht sich auf Menschen und Sachen. Zunächst natürlich auf die Behinderten, aber auch auf die ausländischen Arbeitnehmer. Die Sorge

erstreckt sich ferner auf die Dritte Welt, auf Gerechtigkeit auch dort, wo die materiellen Voraussetzungen für Wohlstand und Selbstverwirklichung nur kärglich gegeben sind. Wenn von alternativer Politik die Rede ist, dann stehen die Hungernden und Bekümmerten immer mit im Blickfeld. Die Verantwortung erstreckt sich offensichtlich aber auch auf die Nachwachsenden, auf die Kinder und die kommenden Generationen. Nicht minder gilt sie der Natur, den Rohstoffen, den Ressourcen, sie gilt überhaupt Gottes Schöpfung. Zunehmend wird eine neue Dimension in den Bezügen zwischen dem Menschen und der Welt erschlossen.

Das alles geht die politischen Parteien natürlich direkt etwas an. Denn offenbar wächst die Gefahr, daß die Parteien an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei agieren. In Nürnberg hat der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU auch in dieser Hinsicht seine Mittlerfunktion bewiesen. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Teilnahme von einem Kirchentag zum nächsten umstritten war. Aber die Geduld und die Zähigkeit zahlt sich offenbar aus. Denn beispielsweise gehörten die Stände des EAK auf dem „Markt der Möglichkeiten“ unverzichtbar zum Gesamtbild. Sie waren nüchtern, sparsam und sachdienlich gestaltet, also gewissermaßen „protestantisch“. Und Helmut Kohls Besuch diente einem dringlichen Informationsbedürfnis: Etwa Tausend Menschen hatten sich zu der Fragestunde mit ihm eingefunden. In einem größeren Zelt wären es wahrscheinlich noch mehr gewesen. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß sich führende Männer des EAK vor dem Kirchentag intensiv um die Teilnahme von evangelikalischen Christen bemüht hatten; ohne die Evangelikalen wäre der Kirchentag sicherlich nicht das unumstritten bedeutende Ereignis geworden.

Von Nürnberg gehen zweifellos viele neue Impulse aus. An den politischen Parteien liegt es nun, darüber zu befinden, ob die Anstöße und Strömungen für die Tagespolitik aufgegriffen werden oder ob man in Zukunft gegen große Teile unseres Volkes regie-

Broschüren-Angebot des Evangelischen Arbeitskreises

Sowohl von regionalen EAK-Gruppen als auch von vielen EV-Lesern wird immer wieder bei uns angefragt, welches Informationsmaterial zur Verfügung steht. Nachfolgend geben wir daher eine Zusammenstellung der bei uns vorrätigen Broschüren:

— **Die Freiheit verantworten — Herausforderung an uns Christen.**
Referate: Philipp von Bismarck, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel, Axel von Campenhausen
(EAK-Bundestagung 1977 Siegen)

— **Die Freiheit verantworten — Herausforderung an uns Christen.**
Referate: Hans Thimme, Helmut Kohl
(EAK-Bundestagung 1977 Siegen)

— **Wir Protestanten — Positionen heute.**
Referate: Werner Dollinger, Hans-Gernot Jung, Trutz Rendtorff, Gerhard Stoltenberg
(EAK-Bundestagung 1978 Kassel)

— **Wir Protestanten — Positionen heute.**
Referate: Dieter Oberndörfer, Dietrich Rössler, Klaus Schleicher, Erich Thies
(EAK-Bundestagung 1978 Kassel)

— **Soziale Marktwirtschaft — die verantwortete Freiheit.**
Schrift der Studiengruppe des EAK, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Philipp von Bismarck, MdB

Wir verweisen insbesondere auf die beiden Broschüren, die anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg neu von uns herausgegeben wurden:

— **Grete Schneider: Überlegungen zum Religionsunterricht**

— **Dr. Gisela Helwig: Christ sein in der DDR. Analyse II / Dokumentation II**

Machen Sie bitte auf dieses Schriftenangebot auch in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis aufmerksam. Bestellungen sind zu richten (wobei wir bitten, Rückporto in Briefmarken beizulegen) an: EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

ren will – von den Wahl-Chancen ganz zu schweigen. Die beiden Unionsparteien verfügen zweifellos über gute Voraussetzungen, um die – keineswegs ausgegorenen – Vorstellungen von einer alternativen Politik aufzunehmen und in der Diskussion mit der jungen Generation zu vertiefen. Ansätze dafür bieten die Grundsatzprogramme ebenso wie auch der „Vorrat“ an erfahrenen und charaktervollen Männern und Frauen in den Führungsgremien, angefangen bei Helmut Kohl – dem Mann an der Spitze der CDU.

Doch sollte es daran keine Zweifel geben, daß fortan in der Bundesrepublik eine neue Form des

Rudolf Orlt – parteilos – ist Leiter des Büros des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Bonn.

Wettbewerbs um die Wählergunst beginnt. Die nachwachsende Generation macht diesen Wettbewerb so schwierig, weil sie sich wohl nicht mehr bequem mit allgemeinen Formulierungen wird abpeisen lassen. Sie wird zunehmend nach den sittlichen Motiven der Politik fragen. Das ist auf dem Kirchentag – stellvertretend für die ganze Gesellschaft – deutlich geworden.

Mit freundlichen Grüßen

Her Rudoef Orlt

Kurz notiert

Dr. Peter Egen scheidet aus

Bonn: Nach elfjähriger Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist Dr. Peter Egen zum 30. Juni '79 aus seinem Amt ausgeschieden und in die Hauptgeschäftsführung des Verbandes der Deutschen Heimtextilien-Industrie mit Sitz in Wuppertal eingetreten.

1968 wurde Dr. Egen auf Vorschlag des damaligen EAK-Bundesvorsitzenden Bundesminister Dr. Gerhard Schröder eingestellt. Schröder war bis 1978 Vorsitzender des Arbeitskreises – seine Nachfolge trat der baden-württembergische Kultusminister Professor Dr. Roman Herzog an.

Anläßlich des Ausscheidens von Dr. Egen brachte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23. 6. ein Porträt des EAK-Bundesgeschäftsführers, in dem Karl-Alfred Odin insbesondere auf die vielfältigen Kontakte hinwies, die in der elfjährigen Amtszeit Egens zwischen der Kirche und den Unionsparteien neu geknüpft wurden.

Den Lesern der Evangelischen Verantwortung ist Peter Egen aber nicht nur als Bundesgeschäftsführer des Arbeitskreises, sondern insbesondere auch als der verantwortliche Schriftleiter der EV bekannt.

Die Auflagenhöhe der Evangelischen Verantwortung beträgt heute weit mehr als 10 000 Exemplare;

mehr als 4 000 evangelische Pfarrer in der Bundesrepublik sind Bezieher des Blattes.

Zum neuen Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wurde der 34jährige Assessor Wilhelm Staudacher aus Crailsheim/München ernannt, der seit einigen Jahren Leiter des Büros der Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in München ist.

Der EAK-Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den bisherigen EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen als Mitglied des Bundesvorstandes zu kooptieren.

Licht im Osten: Zeugnis und Dienst ohne politische Kontroversen

Zürich: Ziel des Missionsbundes „Licht im Osten“ ist das „Zeugnis von Jesus Christus“ und der „Dienst am Mitmenschen außerhalb des Schußfeldes politischer und ideologischer Kontroversen“. Dies ging aus Berichten von Mitarbeitern auf der Tagung des Schweizer Zweiges der Ostmission Mitte Juni in Zürich hervor. Unter anderem referierten mehrere rußlanddeutsche Aussiedler. Die Festpredigt zum Thema „Die Kraft der leidenden Gemeinde Jesu“ hielt der Direktor der Pilgermission St. Chrischona, Edgar

Schmid, Bettingen bei Basel. Der 1922 von dem Mennonitenprediger Jakob Kroeker gegründete Missionsbund „Licht im Osten“ ist die älteste christliche Ostmission. 1978 wurden 55 verschiedene Buchtitel in 15 osteuropäischen Sprachen gedruckt. Vorsitzender des evangeli-

Aus dem Inhalt

Über Kirchentag, EAK und Union Rudolf Orlt	1
Kurz notiert	3+8
Hoffnung Stadt – Traum oder Alptraum Jörg Mauthe	4
Europa-Wahl: Überzeugendes Votum für die Unionsparteien	6
Jesus oder Barabbas? P. G. Kauffenstein	7
Nachrichten von der EKD-Synode in Berlin	9
Politik geht jeden an	11
Mehr Mut zum Profil – Zur VELKD-Synode in Rendsburg Helmut Matthies	11

schen Missionsbundes ist Pfarrer Winrich Scheffbuch, Stuttgart, als Präsident des Schweizer Zweiges amtiert Dr. Peter Haefelfinger.

Hoffnung Stadt – Traum oder Alptraum

Dr. Jörg Mauthe, geboren 1924 in Wien, ist seit dem 8. Oktober 1978 Gemeinderat und Landtagsabgeordneter von Wien und Stadtrat, also Mitglied der Wiener Stadt- und Landesregierung. Jörg Mauthe hat Kunstgeschichte und Byzantinistik studiert und war als Journalist und als Autor, Redakteur und Programplaner bei Rundfunk und Fernsehen tätig. Sein erster großer Roman war „Die große Hitze“ (Molden 1974), voll Charme und Witz sein „Nachdenkbuch für Österreicher“ (Molden 1975) und voll tiefer Besinnlichkeit nun sein jüngstes Werk „Die Vielgeliebte“ (Molden 1979), in dem er auch versucht, das Phänomen Wien zu entschlüsseln.

Mit dem Thema „Hoffnung Stadt – Traum oder Alptraum“ setzt sich Dr. Jörg Mauthe nachfolgend in unkonventioneller Weise auseinander. Seine Ausführungen sind Anstoß zu neuen Gedanken – sie sind keine Hilfestellung für eine Partei, sondern für alle Bürger.

Wenn wir damals, als Kinder ...

... mit „wir“ meine ich meine Generation, die der jetzt 55–60jährigen; jene Jahrgänge also – ich muß das aus gewissen Gründen etwas näher beschreiben –, die wie keine andere Generation enorm viel zu leiden und aber auch zu leisten gehabt hat: eine Zeit des Bürgerkrieges von 1938; den Einmarsch Hitlers; den Krieg; die ungeheuren Zerstörungen des Krieges; sein Ende; den Nachkrieg; die Besetzung; den Wiederaufbau; und dann, noch war keine Ruhe, die Hochkonjunktur, das dschungelgleich wuchernde Wirtschaftswachstum, und viele damit zusammenhängende oder daraus wie aus der Büchse der Pandora entweichende scheinbar oder anscheinend völlig neuartige Krisen, Komplikationen und Problemsynndrome... ich komme auf all das noch zurück...

... wenn wir, damals, in den Dreißigerjahren, in der Zeichenstunde die Aufgabe erhielten, eine Stadt zu zeichnen ...

... zeichneten wir mit Begeisterung riesige Wolkenkratzer mit bunten Leuchtreklamen, dazwischen Eisenkonstruktionen, auf denen stromlinienförmige Schnellbahnen dahinsauerten, Straßen voll Automob-

ilen, und auf die paar Stückchen Himmel, die diese Blätter allenfalls noch frei ließen, setzten wir Flugzeuge und – die waren damals noch aktuell – Zeppeline. So ungefähr stellten wir Zehn- bis Fünfzehnjährigen uns damals die Stadt, die typische, die utopische Stadt der Zukunft vor, eine faszinierende, dynamische, technische Metro- oder Megalopolis, äußerster künstlicher Gegensatz zu allem, was man so Natur nennen könnte; und wir zeichneten es so, weil dieser Traum von einer urbanen Zukunft sozusagen in der Luft lag: die Literaten – und auf ihren Spuren die Trivialliteraten und Filmindustrie – hatten diesen Traum längst schon geträumt und sich seiner Faszination, wenngleich vielfach mit einer Art apokalyptischen Behagens, hingegeben: denken Sie etwa an die Expressionisten wie etwa Georg Kaiser, an Bert Brecht, an Döblins Alexanderplatz, aber auch an Filme wie Fritz Langs „Metropolis“, an die weitverbreiteten Hans-Dominik-Schinken; eben damals begannen ja auch die Architekten, ihrerseits solche Stadt-Phantasien bis zur Projektreife zu entwickeln; wie denn überhaupt diese Megalopolis-Ideen alle Gehirne beherrschten: auch die Diktatoren, Mussolini und Hitler, träumten ja von gewaltigen, nie dagewesenen Stadtgebilden.

... dies also zeichneten wir als Kinder.

Und dann, als wir keine Kinder mehr waren, sondern als Erwachsene vor der Tabula rasa standen, die der Krieg hinterlassen hatte, machten wir uns dran, unsere Kinderträume zu verwirklichen und unsere Zeichenblattphantasien ins Dreidimensionale umzusetzen.

Und jetzt, vierzig oder fünfunddreißig Jahre später, stehen wir davor: vor den Hochhäusergebirgen mit den tausenden von Fenstern, die genau so schematisch-gleichförmig über- und untereinander stehen, wie wir sie damals, mit viel geduldiger Akribie, aufs Blatt gesetzt hatten; vor den Hoch- und Stelzenstraßen, die knapp vor den Fenstern vorbeiführen; wir sehen am Himmel die Flugzeuge, viel größere, als wir sie damals zu zeichnen wagten und

sehr viel mehr Autos, als wir sie uns damals vorstellen konnten.

Der Mensch ist ein Wesen, das nicht nur träumen kann, sondern davon besessen ist, seine Träume wahr zu machen; das Exempel beweist, daß er dazu unter Umständen und mit Hilfe der Technik nur die halbe Lebenszeit einer Generation benötigt; das ist, wenn man Entwicklungszeitmaße nimmt, wie sie Jahrtausende lang gegolten haben, ein fast zeitrafferhaftes Tempo gewesen: und wie es Zeitrafferaufnahmen eigentümlich ist – wir alle sind ja vom Film und Fernsehen an diese neue Art des Sehens gewöhnt – wecken sie Gefühle des Lächerlichen und Alptraumhaften in uns.

Beides, das Gefühl des Lächerlichen, das so nah schon an das der Traurigkeit grenzt, und das andere, das des Alptraumhaften, stellt sich bei uns angesichts unserer neuen Megalo- und Metropolen ein. Es ist alles so, wie wir es damals geträumt haben. Und es ist alles ganz anders.

Verlernt, in den Städten zu leben

Die Wolkenkratzergebirge sind nicht nur imposant, sondern auch abstoßend – und das meine ich nicht nur im übertragenen, sondern im Sinne des Wortes selbst: die Materialien, aus denen sie gefertigt werden, Stahl, Beton, Aluminium, Glas, sind eben darum gewählt, weil sie abstoßen; aber sie stoßen leider nicht nur Wind und Regen und Rost und sonstige Korrosionen ab, sondern auch die Augen, den Gleichgewichtssinn und das taktische Gefühl: sie sind nicht begreifbar. Die Motorisierung hat Konsequenzen, an die kein Mensch je gedacht hatte – ich will's hier nicht aufzählen, jedermann weiß, daß die Luftvergiftung in den Städten exorbitante Werte erreicht, daß unser ganzes Handels- und Bilanzsystem vom Auto abhängig ist, daß wir uns hier in eine geradezu bizarre Monokultur verwickelt haben, daß das Energieproblem hauptsächlich ein Autoproblem ist – und sofort in alptraumhafter Weise, bis hin zur großen Lächerlichkeit der Stadtfucht am

Europa-Wahl: Überzeugendes Votum für die Unionsparteien

Mit 49,2 Prozent der gültigen Stimmen hat die Union bei der ersten europäischen Direktwahl einen deutlichen Sieg errungen; mit 42 der 81 deutschen Europamandate erzielte sie sogar die absolute Mehrheit der Mandate.

Diese 49,2 Prozent übertreffen sogar noch das bisher zweitbeste Bundestags-Wahlergebnis der Union von 48,6 Prozent aus dem Jahre 1976. Gleichzeitig verloren die SPD 1,8 Prozentpunkte und die FDP 1,9 Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl.

Auch wenn die Europawahl wegen der unterschiedlichen Wahlbeteiligung (65,9 Prozent gegen 90,7 Prozent bei der letzten Bundestagswahl) nicht automatisch einer Bundestagswahl gleichgesetzt werden kann, so signalisiert andererseits die erstaunliche Übereinstimmung zwischen Europawahlabsicht und Bundestagswahlabsicht (rd. 90 Prozent der Wähler äußern für beide Wahlen identische Parteipräferenzen), daß trotz der relativ geringen Wahlbeteiligung die Präferenzstrukturen im Nicht-Wählerbereich nicht wesent-

lich vom Gesamtdurchschnitt abweichen können. So sagen von den potentiellen Wählern bei der Europawahl 48,4 Prozent, sie würden bei der nächsten Bundestagswahl CDU/CSU wählen, bei den Nicht-Wählern sind es 48,9 Prozent — wie Emnid im Mai 1979 feststellte.

Um den Lesern der EV einen Überblick über die Europa-Abgeordneten der Unionsparteien zu geben, bringen wir nachfolgend die Namensliste.

CDU-Abgeordnete:

Hassel, Kai-Uwe von
Blumenfeld, Erik
Helms, Wilhelm
Bismarck, Dr. Philipp von
Nordlohne, Franz-Josef
Pöttering, Dr. Hans-Gert
Rabbethge, Renate-Charlotte
Katzer, Johann
Schnitker, Paul
Aerssen, Dr. Jochen van
Pürsten, Albert
Köhler, Dr. Herbert W.
Hoffmann, Karl-Heinz
Lenz, Marlene
Rinsche, Dr. Günter

Majonica, Ernst Gottfried
Malangré, Kurt
Mertens, Meinolf
Lemmer, Gerd Ludwig
Walz, Dr. Hanna
Sayn Wittgenstein Berleburg,
Casimir Prinz zu
Sälzer, Bernhard
Klepsch, Dr. Egon Alfred
Langes, Horst
Müller-Hermann, Dr. Ernst
Alber, Siegbert
Hahn, Prof. Dr. Dr. Wilhelm
Wogau, Dr. Karl von
Früh, Dr. Isidor
Schall, Wolfgang
Wawrzik, Kurt
Schön, Prof. Dr. Konrad
Luster, Rudolf
Pfennig, Dr. Gero

CSU-Abgeordnete:

Goppel, Dr. h. c. Alfons
Schleicher, Ursula
Habsburg-Lothringen, Otto
Friedrich, Dr. Ingo
Aigner, Dr. Heinrich
Lücker, Hans August
Bocklet, Reinhold
Fuchs, Dr. Karl

Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung
braucht nicht mit der Ansicht
des Herausgebers oder der
Redaktion übereinzustimmen.

„Berufsverbot“ — einmal anders

Angeregt durch den Bericht aus Schwarzenbruck in der Evangelischen Verantwortung von Juni 1979, schreibe ich diesen Leserbrief.

Meine Tätigkeit in der Berufsberatung bringt es mit sich, daß ich nicht selten Leuten begegne, die entrüstet die sogenannten „Berufsverbote“ ablehnen. Gewiß bezeichnend für die wahren Mo-

tive dieser Wegbereiter für Extremisten ist, was mir im Rahmen meiner dienstlichen Aufgaben jetzt widerfuhr: Von Schulen, die stark von der GEW (der Lehrgewerkschaft mit Konfliktstrategie) geprägt sind, bekam ich Haus- und somit teilweise „Berufs“-verbot, weil ich mich als Sprecher einer örtlichen Elterninitiative öffentlich für die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems ausgesprochen habe.

So wird also gerade von denen, die sich gegen „Berufsverbote“ wenden, ebenfalls ein „Berufsverbot“ versucht — und zwar gerade gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes!

Obwohl ich das geltende Recht auf meiner Seite habe, sehe ich doch der Auseinandersetzung mit diesen Schulen mit einer begründeten Skepsis entgegen. Schließlich fordert in Niedersachsen nicht nur die Opposition die integrierte Orientierungsschule (mit der falschen Bezeichnung Orientierungsstufe

genannt) und in der Folge die Gesamtschule. Auch Kultusminister Remmers hält — entgegen der Mehrheit in der eigenen Partei — starr an der integrierten Orientierungsschule als Regelschule fest und will jetzt auch mit seinem Engagement für die Gesamtschule auf Stimmenfang gehen.

Das — meine ich — ist beschämend für die derzeitige niedersächsische Schulpolitik. Mit mir bedauern tausende von Eltern aus allen Parteien, daß die CDU in Niedersachsen nicht in der Lage ist, eine echte Alternative zur sozialistischen Schulpolitik anzubieten. Eine Partei, die auch für unsere Kinder in der Schule individuelle Freiheit der Entfaltung statt eines „Bildungseintopfes“ anböte, könnte einer breiten Zustimmung von Eltern gewiß sein.

Siegfried Zülsdorf,
Vors. der Elterninitiative Hildesheim,
Schillerstraße 9
3200 Hildesheim

Jesus oder Barabbas?

Mit nachfolgendem Artikel setzt sich Landesprobst P. G. Kauffenstein von der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia/Südwesafrika (Postfach 233, Windhoek 9100, Namibia/Südwesafrika) für einen Weg der Versöhnung ein.

Pilatus sprach zu dem Volk: „Wen wollt ihr, Barabbas oder Jesus?“

Die Hohenpriester und Ältesten überredeten das Volk, daß sie um Barabbas bitten sollten. Da schrien sie allesamt: „Nicht diesen, sondern Barabbas!“ Barabbas aber war ein Mörder.

Dieses Zitat der Heiligen Schrift enthält die entscheidende Frage, die alle Menschen unseres Landes jetzt zu beantworten haben: nach dem offensichtlichen Scheitern des Waldheim-Plans, nach dem Beschluß kommunistischer Staaten, SWAPO bis an die Zähne zu bewaffnen; in einer Zeit der intensivierten Terroranschläge von SWAPO-Guerillas gegen öffentliche Einrichtungen und von hinterhältigen und bestialischen Morden von unschuldigen schwarzen und weißen Männern, Frauen und Kindern, Polizeibeamten und Soldaten; von Entführungen von Schulkindern und Niederbrennen von Missionsstationen. Jetzt, das heißt vor dem ersten Zusammentreten der National-Versammlung, die legislative Gewalt für unser Land haben soll, nach der erneuten Zusicherung Südafrikas, daß Namibia seine politische Zukunft selbst bestimmen soll.

Von dem biblischen Zitat her fühle ich mich verpflichtet, den Christen aller Bevölkerungsgruppen Südwesafrikas in ihren internen Parteistreitigkeiten, Rivalitäten, dem Machtgerangel und den gegenseitigen Anschuldigungen diese eine, alles entscheidende Frage vorzulegen: „Wen wollt ihr, Barabbas oder Jesus?“

Wer ist Barabbas? Er ist der Mann aus der Bewegung der „Zeloten“, der radikalsten politischen Gruppe der Juden zur Zeit Jesu, die im Jahre 66 den Jüdischen Krieg entfesselte und nicht nur gegen die Römer kämpfte, sondern auch gegen die eigenen Volksgenossen, wenn sie nicht „Genossen“ werden wollten. Er ist der Mann der Untergrundbewegung, der Revolutionär, der Illusionist, der gegen die Fremdherrschaft der Römer mit dem Dolch im Gewande und mit Sabotageakten vorging. Er ist der gutgläubige, aber fremdbestimmte Partisan, der überzeugte, aber verführte Freiheitskämpfer, der ideologisierte Idealist, der zum vorprogrammierten gedingten Mörder wird.

Wer ist Jesus? Er ist der, der im Gehorsam gegen Gottes Wort Unrecht Unrecht genannt hat, der gegen Unterdrückung aufgestanden ist, der der Obrigkeit wie dem Mann auf der Straße, Arm wie Reich, den Willen Gottes vorhält, der die Sünde haßt, aber den Sünder liebt. Er verkündigte das Heil nicht in neuen Strukturen, sondern in der Erneuerung des Herzens. Er warnte die Inhaber der Macht vor dem Mißbrauch ihrer Gewalt ebenso wie er nie den Gebrauch von Waffen und Gewalt zur Änderung gesellschaftlicher Ordnungen durch das Volk sanktionierte.

„Wen wollt ihr?“ Die Zeloten haben in der Geschichte viele Nachfolger gehabt, zu denen ich in unserer Situation ebenso SWAPO wie WWB (Weiße Widerstandsbewegung) zähle. Barabbas hat viele Nachfolger, wie sie heute Führer in diesen beiden Gruppen sind. „Wir wollen nicht die Mehrheit, sondern die ausschließliche Macht!“ Dieses Wort des modernen namibischen Barabbas ist meines Wissens bis heute nicht dementiert worden. — Es gibt keine Veranlassung zur Fortsetzung des Terrors an den

Grenzen und im Lande mehr, nachdem auch SWAPO zur Teilnahme an den Wahlen eingeladen war und zu direkten Verhandlungen eingeladen ist. Nach der zunehmenden Mordbrennerei SWAPO's ist mir das letzte Verständnis für deren Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit als „Volksorganisation“ vergangen. Erschreckend und schlimm ist es, wenn Hohe, Niedrige und Höchste Priester das Volk überreden, nach Barabbas zu rufen, wenn sie Barabbas kirchlich legitimieren und ihm theologische Argumente liefern — welche Verblendung kann Menschen ergreifen!

„Wen wollt ihr?“ Der Weg zur Selbst-Bestimmung über die Zukunft Namibias ist eröffnet. Die Fremd-Bestimmung von Pretoria aus ist noch nicht völlig beendet und macht Schwarzen wie Weißen große Sorgen. Der Verordnung AG 26 (Inhaftierung ohne Anklage und Verhör) kann ich nach wie vor nicht zustimmen; ich hoffe, die National-Versammlung wird sich damit vorrangig befassen. Ich sehe aber deutlich, daß unter Barabbas eine viel Schlimmere Fremdbestimmung uns allen, vor allem unseren schwarzen Brüdern, bevorstehen würde: eine Sowjetisierung nach dem Beispiel von Mosambik und Angola, von Vietnam und Äthiopien. Laßt uns Gott bitten, daß er die weitverbreitete Verblendung, der Messias käme aus Moskau, durch das Licht seiner Wahrheit überwinde. Ex oriente crux, non lux!

„Wen wollt ihr?“ Die Entscheidung für Jesus und seinen Weg verlangt von uns allen, vor allem uns Weißen, viel Selbstverleugnung, Geduld und Opfer, Aufgeschlossenheit und Mut für das Neue, Eingeständnis von Schuld und Rücksichtnahme aufeinander. Aber diesen Weg halte ich für den einzig möglichen, der unter dem Segen Gottes stehen kann.

Die nächste Ausgabe der Evangelischen Verantwortung erscheint als Doppelnummer nach Ende der Ferienzeit Ende August / Anfang September.

Kirchenpräsident Hild und Vizepräsident Wilkens nach Südafrika

Frankfurt a.M.: Eine Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist Anfang Juli zu einem mehrwöchigen Aufenthalt nach Südafrika gereist. Der Delegation gehören an der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende und hessen-nassauische Kirchenpräsident D. Helmut Hild (Darmstadt), Vizepräsident D. Erwin Wilkens von der EKD-Kirchenkanzlei in Hannover, Oberkirchenrat Dr. Werner Hoerschelmann vom Frankfurter Außenamt der EKD und der Stuttgarter Pfarrer Winrich Scheffbuch, Vorsitzender der evangelikalen Mission „Licht im Osten“ (Korntal).

Anlaß der Reise ist eine Einladung an die EKD zur Teilnahme am Südafrikanischen Kongreß Christlicher Führungskräfte (SACLA), der vom 6. bis 15. Juli in Pretoria stattfindet und zu dem 10 000 Teilnehmer erwartet werden. Auf dem Programm stehen u. a. auch Besuche bei den deutschsprachigen Kirchen Südafrikas und dem Südafrikanischen Kirchenrat, der in dieser Zeit seine Nationalkonferenz in Hammanskraal abhält.

SACLA ist der Versuch, möglichst viele christliche Führungskräfte aus allen Lagern der südafrikanischen Gesellschaft zusammenzubringen. So wirken z. B. sowohl die konservativen niederländisch-reformierten Kirchen Südafrikas mit als auch der Südafrikanische Kirchenrat. SACLA geht auf den evangelikalen „Panafrikanischen Kongreß Christlicher Führungskräfte“ zurück, der 1976 in Nairobi stattfand.

Staat orientiert sich nicht genügend an christlichen Grundwerten

Siegen: Mit einem Wort an die Öffentlichkeit und die Politiker endete in Siegen die Pfingstkonferenz der Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften (Gnadauer Verband) vom 7. bis 10. Juni. In dem

Wort zu Fragen von Familie, Erziehung und Schule wird festgestellt, daß sich der Staat angesichts der heutigen „Gefährdung des Menschen und der Gesellschaft“ nicht „genügend an den christlichen Grundwerten und Ordnungen orientiert“. Konkret fordert die größte protestantische Laienbewegung unter anderem eine Aufwertung der Familie durch entsprechende staatliche Gesetzgebung. Die Rolle der Hausfrau und Mutter dürfe nicht länger abgewertet werden. Im Eherecht müsse ferner die Schuldfrage wieder zur Geltung kommen, „da sonst aufgrund der bestehenden Rechtsunsicherheit die göttliche Ordnung der Ehe zerstört“ und der Aufbau gesunder Familien verhindert werde. Weil sich die „Erziehung zum Frieden“ nicht mit der Tötung ungeborenen Lebens vertrage, müsse die jetzige Fassung des Paragraphen 218 fallen, da er unter bestimmten Bedingungen eine Abtreibung erlaube. Menschliches Leben könne aber „zu keiner Zeit der Willkür des Menschen preisgegeben werden“. Weiter wird gefordert, Elternrechte und Elternpflichten sowie die freie Jugendarbeit nicht durch staatliche Bevormundung und Gesetzesauflagen einzuschränken. Grundsätzlich betont das Gnadauer Wort, der Mensch sei „selten so gefährdet“ gewesen wie heute. Als Probleme für die besonders betroffene Jugend werden die „nicht bewältigte Drogenszene“, Alkoholismus, Jugendreligionen sowie „Halt- und Sinnlosigkeit infolge fehlender Maßstäbe“ genannt.

In einem weiteren Wort an Eltern, Lehrer und Erzieher weist der „Gnadauer Pädagogische Arbeitskreis“ darauf hin, daß auch für den Bereich von Erziehung und Unterricht das Evangelium von Jesus Christus „Orientierung, Hilfe und Kraft“ gebe. Der Arbeitskreis spricht in seinem Wort ein „Ja zur Ehe und bewußten Elternschaft“. Er beobachte mit Sorge die „Kinderfeindlichkeit in unserem Land“. In seinem Wort setzt er sich ferner für eine „echte Autorität“ in der Erziehung sowie für eine Mitverantwortung der Christen in Schule und Bildungspolitik ein.

Die diesjährige Pfingstkonferenz unter dem Thema „Glauben, lehren, erziehen“ wandte sich vor allem an Lehrer und Angehörige erzieherischer Berufe. An den Hauptveranstaltungen beteiligten sich zwischen 1 000 und 2 000 Besucher. In Seminaren wurden Themen wie die „Ideologisierung der Schule“ und „Not und Chance des Religionsunterrichts“ behandelt. In seinem Vortrag „Das Selbstverständnis des Erziehers“ erklärte der Tübinger Religionspädagoge Prof. Dr. Helmut Lamparter, Eltern und Paten trügen in erster Linie die Verantwortung dafür, daß Kindern das „Wichtigste und Beste nicht vorenthalten bleibt: das Evangelium von Jesus Christus“. Der Schorndorfer Dekan Rolf Scheffbuch betonte zum Thema „Der Christ – zum Vorbild berufen“, man müsse „es uns abspüren können, daß die Kraft des Wortes Gottes an uns“ arbeite. Nie dürfe man aber so tun, als gebe es „christliche Vorbilder, die nicht mehr zugleich und vollkommen verlorene und verdammte Menschen“ seien. Bis zum letzten Tag unseres Lebens bleiben wir – so Scheffbuch – Menschen, „die nicht vollkommen sind, die aber Jesus Christus ergriffen und in einen Langstreckenlauf hin zum Ziel der Verwandlung durch Jesus hingerissen hat“.

Bischof Stoll neuer Vorsitzender der Kieler Kirchenleitung

Kiel: Zu ihrem neuen Vorsitzenden hat die Kirchenleitung der nordelbischen Kirche am Dienstag, 19. Juni, erwartungsgemäß den 52jährigen Bischof Karlheinz Stoll (Schleswig) gewählt. Die Wahl erfolgte, nachdem der bisherige Vorsitzende, Bischof Dr. Friedrich Hübner (Kiel), auf der Kirchenleitungssitzung offiziell seinen Rücktritt erklärt hatte.

Hübner (68) wollte mit diesem Schritt seine Bedenken gegen eine Entscheidung der nordelbischen Synode deutlich machen, die den Abschluß von Tarifverträgen für die rund 7 000 nichtbeamteten kirchlichen Mitarbeiter in Nordelbien ermöglicht. Der Schleswiger Bischof

stand als einziger Kandidat zur Verfügung. Der Hamburger Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber war aus den gleichen Gründen wie Hübner nicht bereit, den Vorsitz zu übernehmen.

Sonderschulen bald ohne Religionsunterricht?

Darmstadt: Der Religionsunterricht werde immer mehr aus den Sonderschulen verschwinden, wenn die Fortbildung von Lehrern an diesen Schulen für das Fach Religionslehre nicht erheblich verstärkt werde. Zu diesem Ergebnis kamen die Teilnehmer einer Konferenz für Religionslehrer an Sonderschulen aus der ganzen Bundesrepublik, die auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland am 19. und 20. Mai in Darmstadt stattfand. Den Teilnehmern lag die Auswertung einer „Erhebung zur Situation des evangelischen Religionsunterrichts an Sonderschulen“ vor. Danach kommen aufgrund der Ausbildungsregelungen der Länder immer weniger Lehrer mit der Befähigung für den Religionsunterricht an die Sonderschulen.

Grünes Licht – ein Informationsbrief für Christen

Der Evangelische Missionsdienst, Bückeburg, gibt zweimonatlich den Informationsbrief „Grünes Licht“ heraus. Er wird auf Wunsch kostenlos zugesandt. Neben ein oder zwei kurzen Artikeln – die zu denken geben wollen werden knappe, überschaubare Informationen und Mit-

teilungen aus dem Bereich der Kirchen, Gemeinschaften und missionarischen Werke angeboten. Darüber hinaus macht der Informationsbrief auf nützliches Material für die Gemeindegliederung aufmerksam.

Der Informationsbrief versteht sich nicht als umfassendes Nachrichtenblatt, sondern will eine Ergänzung zu anderen evangelischen Publikationen sein. Für die Herausgabe ist Jürgen Paschke, Petershagen, verantwortlich.

Auf Wunsch werden gern Probenummern zum Kennenlernen versandt. Geben Sie grünes Licht für „Grünes Licht“. Postkarte genügt: Evangelischer Missionsdienst, Postfach 1323, 3062 Bückeburg.

Städte werden zum Missionsgebiet

Wien: Der kürzlich veröffentlichte „Seelenstandsbericht“ der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich verdeutlicht, daß die großen Städte des Landes allmählich zum „Missionsgebiet“ werden. Während in ländlichen Gebieten die Zahlen für den Eintritt in die Kirche wie für den Kirchnaustritt einander nahezu die Waage halten – gelegentlich ist sogar ein Überwiegen der Eintritte festzustellen –, ist in den städtischen Gebieten ein ständiger Verlust an Kirchengliedern zu verzeichnen. So standen in der Diözese Burgenland 37 Eintritten nur 21 Austritte gegenüber, während es in der Diözese Wien 189 Eintritte und 1 034 Austritte waren. Insgesamt waren es im Bereich der evangelisch-lutherischen Kirche Österreichs 861 Eintritte und 2 294 Austritte, ein Verlust, welcher der

durchschnittlichen Mitgliederzahl einer Kirchengemeinde gleichkommt. Der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres fällt günstig aus; 1977 waren es 781 Kirchnaustritte und 2 328 Austritte.

Ein weiterer Mitgliederverlust geht auf den Geburtenrückgang zurück: Im Jahre 1978 wurden von den Amtsträgern der Evangelischen Kirche A. B. 5 632 Beerdigungen, aber nur 4 053 Taufen gehalten.

Wie die Statistik zeigt, steht der Entschluß zum Austritt aus der Kirche in vielen Fällen offensichtlich mit der Übersiedlung vom Lande in das Einzugsgebiet der großen Städte in Zusammenhang. Mit dem Wechsel aus einer übersichtlichen, verantwortlichen Lebensgemeinschaft in städtische Lebensgebiete mit unkontrolliertem, individualistischem Dasein werde häufig zugleich die Bindung zur Kirche zerrissen.

Die Mitgliederzahl der österreichischen Evangelischen Kirche A. B. betrug im Jahre 1978 insgesamt 392 318; die reformierte Kirche (H. B.) zählte 11 926 Glieder.

Schlußkollekte des Kirchentags: 161 000 DM für Uganda und Tansania

Nürnberg: Bei der Schlußversammlung des evangelischen Kirchentags am Sonntag in Nürnberg sind 160 902,23 DM für die vom Krieg betroffenen Gebiete Tansanias und Ugandas gespendet worden. Das wurde jetzt von der Kirchentags-Pressestelle bekanntgegeben. An der Veranstaltung hatten rund 120 000 Menschen teilgenommen.

Nachrichten von der EKD-Synode in Berlin

Neu im Rat der EKD: Erika Kimmich

Berlin: Erstmals wurde in den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Vertreterin der Evangelikalen von der Synode Mitte Mai in Berlin gewählt: Prof. Dr. Erika Kimmich. Die in der Ausbildung von Studienreferendaren in

Stuttgart tätige Professorin ist seit 1971 Mitglied der württembergischen Landessynode und seit 1973 in der EKD-Synode. Sie gehört sowohl der pietistischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung wie der lutherisch geprägten Evangelischen Sammlung in Württemberg an, die sich beide zur Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutsch-

lands zählen. Wie Frau Kimmich nach ihrer Wahl erklärte, entstammt sie einem „frommen Elternhaus“. Theologisch wurde sie von Helmut Thielicke und von der pietistischen Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege geprägt. Ihre Wahl in den Rat bezeichnet die 1925 in Heilbronn geborene Germanistin als „Meilenstein“ auf dem Weg zu

einer stärkeren Vertretung der Evangelikalen in den Entscheidungsgremien der Kirche. Frau Kimmich will der sogenannte „heiße Draht“ der Evangelikalen zum Rat der EKD sein. Sie möchte dort einerseits Vorurteile gegenüber den Evangelikalen abbauen und andererseits den theologisch konservativen Protestanten Entscheidungen der EKD verdeutlichen. Priorität muß nach Auffassung von Frau Kimmich in der Kirche die „Erweckung zu geistlichem Leben“ haben. Die in der Mission, Diakonie und Publizistik vor allem von Evangelikalen initiierten und tätigen „freien Werke“ gilt es — so Frau Kimmich — im Interesse der gesamten Kirche zu erhalten und zu fördern. Ebenso wie der Sprecher des württembergischen Pietismus in der EKD-Synode, Dekan Rolf Scheffbuch, Schorndorf, tritt Frau Kimmich für eine Direktwahl der Mitglieder von Landessynoden wie der EKD-Synode ein. Nur so seien alle Schichten der Volkskirche in den Kirchenparlamenten repräsentiert.

Dem neuen ab Juni amtierenden Rat gehören außer Frau Kimmich an: Landgerichts-Vizepräsident Otto Freiherr von Campenhausen, Gettorf, Prof. D. Hans Helmut Eßer, Münster, Bischof D. Dr. Hans Heinrich Harms, Oldenburg, Oberkirchenrat Dr. Werner Hofmann, München, Präses Lic. Karl Immer, Düsseldorf, Prälat Hans von Keler, Ulm, Bischof Dr. Martin Kruse, Berlin, Geschäftsführer Dr. Helmut Müller, Marburg, Präses Dr. Heinrich Reiß, Bielefeld, Prof. Eleonore von Rotenhan, München, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Bonn, sowie als Ratsvorsitzender Landesbischof D.

Eduard Lohse, Hannover, und als sein Stellvertreter Kirchenpräsident D. Helmut Hild, Darmstadt. Cornelius A. Freiherr von Heyl, Bonn, ist als Präses der Synode automatisch Mitglied des Rates.

EKD-Synode begrüßt Missionarisches Jahr

Berlin: In einer Kundgebung „begrüßt und unterstützt“ die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) das „Missionarische Jahr 1980“. Sie bittet alle Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeinden, die Veranstaltung „zu ihrer Sache zu machen“. Die evangelikalen Vertreter in der Synode äußerten sich erfreut über die „breite Zustimmung zum Missionarischen Jahr“. Wie der Leiter des Volksmissionarischen Amtes in der Evangelischen Kirche von Westfalen, Pastor Johannes Hansen, Witten, dazu ergänzend sagte, habe es auf der Synode Mitte Mai in Berlin eine „erstaunliche Bereitschaft“ gegeben, „positiv über Evangelisation zu reden“. Teilweise zutreffende Vorurteile gegenüber der Evangelisation seien sowohl begründet in prinzipiellen theologischen Unterschieden und Problemen, die „nicht verharmlost“ werden dürften, als auch in Belastungen durch „gelegentliche Formen der Evangelisationspraxis“. Hansen begrüßte die Feststellung von Altpräses Hans Thimme, Bielefeld, vor der Synode, daß eine Kirche, die Kinder taufe, notwendigerweise auch evangelisieren müsse.

Nach Ansicht des Sprechers des württembergischen Pietismus in der EKD-Synode, Dekan Rolf Scheffbuch, Schorndorf, könne man dankbar und ermutigt über die Behandlung des Themas Evangelisation auf der Synode sein. Auch der Generalsekretär des CVJM, Matthias Dannenmann, Kassel, nannte die „klaren Aussagen zur Evangelisation“ von Thimme „sehr beeindruckend“. Er hofft, daß sich eine künftige Synode mehr und ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt. Nach Ansicht des Sprechers der (mehr konservativen) Synodalen Arbeitsgemeinschaft, Dekan i. R. Kurt Hennig, Esslingen, hat die Synode „hoffnungsvolle Zeichen“ gesetzt. Es habe eine Bereitschaft zu einer an Bibel und Bekenntnis orientierten Argumentation gegeben.

Der derzeitige Sprecher der sich selbst als „progressiv“ verstehenden „Offenen Kirche“, Dr. Diether Bischoff, Münster, hielt die Themenstellung „Evangelisation“ ebenfalls für „sehr gut“. Leider sei es aber angesichts der Ratswahl zu sehr am Rande behandelt worden. Deshalb schlage man für künftige Synoden unter anderem als erweitertes Thema „Vermittlung des Christentums in der säkularisierten Welt“ vor, An weiteren Schwerpunkten nannte Bischoff „Kirche und Arbeiterschaft“, die „Lage der Jugend in Kirche und Gesellschaft“ sowie die „Zukunft der Welt (Ökologie und Umweltschutz)“. Seine Synodalgruppe möchte — so Bischoff — grundsätzlich dazu beitragen, daß die Kirche besser imstande sei, von der Gesellschaft gestellte Fragen zu beantworten.

Buchbesprechung

Karl-Alfred Odin: Kirche, Presse, Publikum — Wider die Angst der Kirche vor dem vernehmbaren Wort, 68 Seiten, Pbck., 7,80 DM; Evangelischer Presseverband München.

Karl-Alfred Odin, Redakteur der Frankfurter Zeitung und seit langem präziser Beobachter der Evangelischen Kirche, veröffentlicht mit diesem Buch Vor-

träge und Aufsätze über das Verhältnis von Öffentlichkeit und Presse.

Obwohl die Kirche ihrem Wesen nach öffentlich ist und Öffentlichkeit braucht, fällt ihr der unbefangene Umgang mit dieser Öffentlichkeit schwer. Odin stellt an Beispielen dar, wie die Kirche dadurch ihren Auftrag verfehlt, bei den Menschen zu sein. Gleichzeitig zeigt er Wege auf, auf denen die Kirche der Öffentlichkeit wieder näher kommen kann.

Angesichts des personellen und finanziellen Aufwands steht der Ertrag des kirchlichen Umgangs mit dem Publikum in einem enttäuschenden Mißverhältnis. Daran ist die Zersplitterung der publizistischen Arbeit der Kirche ebenso schuld wie der Mangel an öffentlichem

Denken im westdeutschen Protestantismus. Der Auftrag des Evangeliums verpflichtet die Kirche, so zu sprechen, daß nicht nur die Kerngemeinden, sondern allgemein die Menschen verstehen, was gesagt wird.

Das Buch will der Kirche Anreize geben, sich der Mittel zu bedienen, die die Publizistik für diese Aufgabe bereit hält.

Es ist auch zugleich dem Andenken an Dr. Focko Lupsen, einem der wenigen großen Publizisten des modernen deutschen Protestantismus gewidmet, der 1977 im Alter von 78 Jahren starb und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der Unterdrückung der kirchlichen Publizistik den Evangelischen Pressedienst (epd) aufgebaut hat.

Politik geht jeden an

Das politische Bildungsangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung

Demokratie lebt von dem Interesse und der Mitwirkung der Bürger. Deshalb ist eine ständige Information über die Grundlagen und „Spielregeln“ der Politik notwendig. Dies leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihren beiden politischen Bildungseinrichtungen:

- Politische Akademie Eichholz
- Bildungswerk

1. Politische Akademie Eichholz

Die Akademie leistet zentral die Bildungsarbeit der Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland. Tagungen und Seminare analysieren die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme der politischen Ordnung und ihrer Gestaltung, werten sie und erörtern mögliche Lösungen.

Adresse:

Politische Akademie Eichholz der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Postfach 29
5047 Wesseling
Tel. 0 22 36 / 707-1

2. Bildungswerk

Die Stiftung richtet in verschiedenen Bundesländern regionale Au-

ßenstellen des Bildungswerkes ein, um das Angebot politischer Bildung unmittelbar an den Bürger heranzutragen. Im Jahre 1979 richteten die Außenstellen Veranstaltungen zu folgenden Themen aus: Gesellschaftspolitik, Extremismus, Europa, Internationale Politik, Geschichte und Gegenwart, Wirtschaftspolitik, Politische Rhetorik/Wirtschaftspolitik-Rhetorik und Seminare für junge Erwachsene sowie eine Reihe von Abendveranstaltungen zu aktuellen politischen Fragen.

Adressen:

Bildungswerk / Leitung
5047 Wesseling-Eichholz
Tel. 0 22 36 / 70 73 24

In den einzelnen Bundesländern sind die folgenden Außenstellen zuständig, bei denen Sie die entsprechenden Programme anfordern können:

Nordrhein-Westfalen:

Außenstelle Bonn-Düsseldorf
5047 Wesseling-Eichholz
Tel. 0 22 36 / 70 73 23
Außenstelle Bonn-Bad Godesberg
5047 Wesseling-Eichholz
Tel. 0 22 36 / 70 72 81
Außenstelle Dortmund
Bonifatiusstr. 4
4600 Dortmund 1
Tel. 12 31 / 12 69 49

Rheinland-Pfalz:

Außenstelle Mainz
Rheinallee 1
6500 Mainz
Tel. 0 61 31 / 2 00 15

Hessen:

Außenstelle Marburg
Schwanallee 44
3550 Marburg
Tel. 0 64 21 / 2 61 55

Saarland:

Außenstelle Saarbrücken
Stengelstr. 8a
6600 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 58 53 82

Baden-Württemberg:

Außenstelle Freiburg
Wilhelmstr. 18a
7800 Freiburg
Tel. 07 61 / 3 34 43
Außenstelle Stuttgart
Lange Str. 18a
7000 Stuttgart 1
Tel. 07 11 / 29 32 13

Berlin:

Verbindungsbüro der
Konrad-Adenauer-Stiftung
in Berlin
Knesebeckstr. 20/21
1000 Berlin 12
Tel. 0 30 / 3 13 20 31

Die Leser der EV sind herzlich eingeladen, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen. Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung ist der ehemalige CDU-Bundesgeschäftsführer Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Bilke, der vielen Mitarbeitern des Evangelischen Arbeitskreises von den Bundestagungen oder den Sitzungen des Bundesarbeitskreises her bekannt ist.

Mehr Mut zum Profil — Zur VELKD-Synode in Rendsburg

Helmut Matthies

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) führt im Schatten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein stilles, aber intensives Leben. Ihre Synoden sind kleiner und weniger publikumswirksam als die durch politische Implikationen oft brisanten EKD-Synoden. Wie viel jedoch die VELKD gerade auf theologischem und publizistischem Gebiet zu lei-

sten vermag, zeigte nicht zuletzt die eindrucksvolle Bilanz, die anlässlich der Konstituierung der 6. Generalsynode auf ihrer ersten Tagung vom 26. bis 29. Juni in Rendsburg vorgelegt wurde. Am bekanntesten sind in der Öffentlichkeit geworden der durch die VELKD herausgegebene Erwachsenen Katechismus mit der ungewöhnlich hohen Auflage von bisher 18 000 Exemplaren so-

wie seine im Juni erschienene Kurzfassung, der Evangelische Gemeinde Katechismus, und als allerneuestes Projekt eine Briefreihe zum Augsburger Bekenntnis von 1530. Die 60 Delegierten der Gliedkirchen hatten sich bei der konstituierenden Sitzung naturgemäß vor allem mit den Wahlen von Präsidium und Kirchenleitung für die nächsten sechs Jahre zu beschäfti-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. Dr. Dr. Wilhelm Hahn, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

gen. Präsident der Generalsynode wurde der fränkische Tierarzt Dr. Ludwig Blendinger. Die Kirchenleitung mit ihren elf Mitgliedern wird angeführt vom braunschweigischen Landesbischof, Dr. Gerhard Heintze als Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, dem bayrischen Bischof D. Dr. Johannes Hanselmann. Der Bericht des Leitenden Bischofs Heintze war von Vorsicht und Understatement im Blick auf die Bedeutung der VELKD bestimmt. Dazu hat die VELKD aber weder von Selbstverständnis noch Größenordnung oder theologischer Aufgabe her Grund. Mit 10,248 Millionen Mitgliedern, 4171 Gemeinden und 4908 Pfarrern ist die VELKD nicht nur die größte konfessionelle Gruppe im deutschen Protestantismus, sondern auch die mitgliederstärkste lutherische Kirche der Welt. Zur 1948 gegründeten VELKD gehören die westdeutschen Landeskirchen Bayern, Braunschweig, Hannover, Nordelbien und Schaumburg-Lippe sowie die mitteldeutschen Mecklenburg, Sachsen und Thüringen, die sich 1969 aufgrund staatlichen Drucks zur VELKD in der DDR verständigen mußten. Die weiteren beiden deutschen lutherischen Landeskirchen Oldenburg und Württemberg sind nur Gäste in der Kirchenleitung der VELKD. Wichtiger jedoch als die numerische Größe ist die VELKD durch ihren spezifisch lutherischen Beitrag in den vielfältigen theologischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Gegen die „elende Vermischung von Theologie und Politik“ — wie ein führender theologischer Kopf

unter den Synodalen, der hamburgische Bischof Wölber erklärte, setzt sie Martin Luthers Unterscheidung von den zwei Regierweisen Gottes. Einerseits macht sie den Anspruch Gottes auf die ganze Welt deutlich, andererseits aber auch die Verschiedenartigkeit von Kirche und weltlicher Macht sowie Gottes entsprechend unterschiedliche Mittel zu handeln: durch die Predigt des Evangeliums und durch verantwortlich gehandhabte Macht im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Es hätte im letzten Jahrzehnt weniger Auseinandersetzung um den Weltkirchenrat und manche Vorgänge in der EKD in der Frage, ob und wie weit Kirche politisch bis hin zur Unterstützung gewaltanwendender Befreiungsbewegungen tätig werden kann gegeben, wenn diese Unterscheidung mehr beachtet worden wäre. Die bei der Rendsburger Synode vorgelegten Thesen zur Zwei-Reiche-Lehre verdeutlichen erneut die Notwendigkeit dieses lutherischen Verständnisses von den verschiedenartigen Aufgaben von Staat und Kirche. Dieser Sicht entspricht die verhältnismäßig konservative Haltung großer Teile lutherischer Kirchen und Synoden im theologischen und vor allem ethischen Bereich. So wurde auf der VELKD-Synode beispielsweise die „Abtreibungsflut“ sowie ein Mißbrauch des Sexualkundeunterrichts scharf kritisiert. Im Blick auf die diakonischen Einrichtungen stellten mehrere Synodale die Frage, inwieweit ihre vielen Mitarbeiter überhaupt noch geistlich motiviert sind. Eine große Rolle

spielten in Rendsburg Fragen des Abendmahls und des grundlegenden lutherischen Bekenntnisses, der Confessio Augustana von 1530.

Wieweit in beiden Bereichen Gespräche und Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche gediehen sind, zeigte die erstmalige Teilnahme eines katholischen Bischofs als Referent auf einer VELKD-Synode. Der Paderborner Weihbischof Paul-Werner Scheele äußerte über das von katholischer und lutherischer Seite gemeinsam erstellte Dokument über das „Herrenmahl“, daß man sich im Blick auf die „ersehnte Gemeinschaft am Tisch des Herrn schon weit genähert habe. Solange aber keine Glaubens- und Kirchengemeinschaft da sei, halte man auch keine Abendmahlsgemeinschaft für möglich.

Von einem neuerwachten, erstaunlichen Interesse am Augsburger Bekenntnis berichtete der Präsident des Lutherischen Kirchenamtes in Hannover, Günter Gaßmann. In Vorbereitung des 450jährigen Jubiläums der Confessio 1530 in Augsburg wird nicht nur eine stark beachtete Neuauflage des Bekenntnisses, sondern auch eine Briefreihe herausgegeben. Auch die Frage der katholischen Anerkennung des Bekenntnisses steht weiter zur Diskussion. Nimmt der Papst 1980 am Jubiläum in Augsburg teil, wie es in der Presse zu lesen war? So weit ist es nun doch noch nicht. Der katholische Weihbischof wie der Leitende Lutheraner halten die Zeit für ein solch spektakuläres Zeichen noch nicht für reif.

Werbeexemplare der Evangelischen Verantwortung für den kirchlichen Bereich senden wir Ihnen gerne kostenlos zu.

Postkarte genügt: EAK, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn